

Auf ein Wort vorweg: Milieuschutz – wir haben es durchgeboxt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn Mieten explodieren, reagieren viele Politiker mit Schulterzucken. Dabei gibt es durchaus ein Mittel dagegen. So erlaubt das Baugesetzbuch, dass Kommunen durch eine Satzung Gebiete ausweisen, sogenannte Milieuschutz-Zonen, in denen sie etwa die soziale Zusammensetzung der Anwohner erhalten oder die städtebauliche Eigenart bewahren wollen. Was heißt das konkret?

Für Eigentümer und Investoren hat das drei Konsequenzen: Erstens müssen sie große Modernisierungen von der Stadtverwaltung genehmigen lassen. An diesem Punkt können und müssen wir verhindern, dass Spekulanten mit Luxussanierungen die Mieten nach oben treiben. Die zweite Konsequenz: die Stadt kann verbieten, Miet- in Eigentumswohnungen oder Büroräume zu verwandeln. Drittens hat die Stadt in Milieuschutz-Gebieten ein Vorkaufsrecht: Stehen Gebäude zum Verkauf, kann die Stadt sie erwerben und einem städtischen Unternehmen übertragen, das dauerhaft bezahlbare Mieten anbietet. Wer das Gebäude kaufen möchte, kann den Kauf durch die Stadt nur verhindern, indem er eine sogenannte Abwendungserklärung unterschreibt. Mit dieser Erklärung verpflichtet sich der neue Eigentümer, die Wohnungen weiterhin zur Miete anzubieten und keine Luxussanierungen vorzunehmen.



Ein solcher Mieterschutz per Milieuschutzsatzung wird in Frankfurt bereits erfolgreich praktiziert, ebenso in Berlin, Hamburg und München – und bald auch in Darmstadt. Denn wir hatten genau das beantragt. Die Regierungskoalition zog diesmal mit. Allerdings nur unter der Bedingung, dass sie einige Änderungen an unserem Antrag anbringen können und wir einen gemeinsamen Antrag daraus machen. Wir haben uns darauf eingelassen, denn was wir beabsichtigten, konnten wir so erreichen: die Darmstädterinnen und Darmstädter vor Spekulanten und Mietpreisexplosionen zu schützen, damit sie auch morgen noch in ihren Quartieren leben können, denn das ist Heimat und Wohnen ist ein Menschenrecht für Alle, kein Luxus.

Was wir darüber hinaus in der Stadtverordnetenversammlung getan haben, erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch Euer

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Michael Siebel'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Michael Siebel
Fraktionssprecher

Nachholbedarf bei der Sicherheit von Kreuzungen

Von Tim Huß

Die Kernmessage vorne weg. Die Maßnahme ist ein Schritt in die richtige Richtung – nicht perfekt, aber es geht voran. Sie ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung, weil sie einen Teilabschnitt attraktiver für den Radverkehr macht. Nur wenn Menschen das Gefühl haben, sicher Radfahren zu können, werden sie es auch tun. Das hilft dem Radverkehr und der Luftreinhaltung. Wir wissen von unseren Alltagserfahrungen und auch von einigen schlimmen Fällen der Vergangenheit, dass es immer dort zu Problemen kommt, wo Rad- und Autoverkehr aufeinanderprallen. In der Heidelberger Straße werden wir nun zwischen Hermannstraße und Annastraße eine saubere Trennung von Rad- und Autoverkehr haben. Das ist gut, das ist zu begrüßen, das ist zu loben!



Foto: Tina Fischer

Ein Wehrmutstropfen: Die Kreuzungen sind auf die Bedürfnisse schneller Radfahrerinnen und Radfahrer zugeschnitten und nur zu 95 % sicher. Hier wäre es besser gewesen, den Radweg



Foto: StockSnap/pixabay.de

mit einem Rechtsschwenk aus dem toten Winkel der Autos herauszuführen. Auch wenn ich selbst lieber aalglatte Wege geradeaus fahre, wäre hier die Priorität „Sicherheit vor Schnelligkeit“ angemessen gewesen. Und damit zieht sich etwas durch, das wir auch bei der Rheinstraße sehen konnten. Mit baulich getrennten Radwegen geht es erstmals in diesem Jahrzehnt voran. Das ist gut! Nachholbedarf gibt es aber noch immer bei der Sicherung von Kreuzungen. Hier muss Sicherheit für den Radverkehr erste Priorität haben, da Radfahrerinnen und Radfahrer gegen Autos immer den Kürzeren ziehen – egal ob sie im Recht sind oder nicht. Bringt ja nichts Recht zu haben, wenn man tot ist. Ich finde schon, man kann lobend erwähnen, wenn die Stadtregierung was richtig macht. Den Nachholbedarf bei der Sicherheit von Kreuzungen möchte ich an dieser Stelle aber trotzdem hinterlegen: Bauen Sie nicht nur sichere Radwege, bauen Sie auch sichere Kreuzungen, dann haben wir einen echten Konsens bei diesem wichtigen Verkehrsthema.

Was heißt das nun für unser Abstimmungsverhalten? Man sagt der Opposition ja gerne nach, sie suche immer nach Fehlern um darauf dann draufzuhauen. Ja, es ist auch ein bisschen unsere Aufgabe, auf das hinzuweisen, das man besser machen muss. Aber wo kommen wir her? Ich habe an diesem Pult schon öfter kritisiert, dass den großen Worten der Verkehrswende

keine wirklichen Taten gefolgt sind. Und ich glaube auch wirklich, dass wir an der einen oder anderen Stelle in der Vergangenheit noch Luft nach oben hatten.

Im Jahr 2019 scheint aber einiges anders zu sein. Der zweite gesicherte Radweg wird beschlossen und wir haben erst Mai! Ich würde gerne behaupten, das hätte damit etwas zu tun, dass die SPD-Fraktion drei Mal hintereinander mehr Geld für Radwege beantragt hat und dass es irgendwann peinlich wird, das immer abzulehnen. Ich fürchte aber, die Credits haben sich in erster Linie andere verdient. Seit



der Radentscheid ins Leben gerufen wurde, verfolgt er eine Mischung aus offensiver Öffentlichkeitsarbeit und konstruktiven Vorschlägen. Das hilft uns allen. Und ja, auch mein Denken über Radwegeplanung ist durch den Radentscheid an der einen oder anderen Stelle geschärft worden. Von daher möchte ich mich ganz herzlich bei den Aktivistinnen und Aktivisten des Radentscheids bedanken: Ohne euch wäre der Bau solcher Radwege nicht möglich gewesen!

Ich will mich aber auch beim Magistrat bedanken, dass er den Ball des Radentscheids aufgenommen hat. Ich will darauf hinweisen, dass ihm kein Zacken aus der Krone bricht, wenn er auch Bälle von anderen aufnimmt, die gute Vorschläge haben. Wie wäre es zum Beispiel mit günstigeren ÖPNV-Tickets? Aber ich schweife ab: Wir stimmen der Vorlage trotz Wehrmutstropfen zu. Und fürs nächste Mal: Vergessen Sie mir die Kreuzungen nicht, auch die müssen sicher sein!

Kinderbetreuung



Foto: Gerd Altmann/pixabay.de

Der weitere Ausbau muss dringend voran schreiten

Von Anne Marquardt

Schaut man sich dieser Tage im Herrngarten um, fällt neben den Nilgänsen eine Sache besonders auf: in Darmstadt gibt es viele Familien. Familien mit Kindern, die es jetzt bei gutem Wetter wieder auf die Spielplätze zieht. Darmstadt ist eine kinderreiche Stadt. Diesen Eindruck bestätigt auch der vorliegende Bericht zur Versorgungssituation in der Kinderbetreuung.

Am 31.12.2018 lebten in Darmstadt 4.899 Kinder in der Altersgruppe unter 3 Jahren und 5.089 Kinder in der Altersgruppe zwischen 3 und 6. Die Kinderzahl in unserer Stadt ist damit in den letzten Jahren weiter gestiegen. Der Bedarf an Plätzen in der Kinderbetreuung ist damit weiter hoch. Allein im U3-Bereich sind 17 zusätzliche Krippen-Gruppen notwendig. Da die geburtenstarken Jahrgänge der letzten drei Jahre jetzt alle in die Krippe und den Kindergarten kommen, muss der weitere Ausbau dringend voran schreiten.

Neue Plätze sollen laut der Vorlage in den nächsten Jahren entstehen – vorausgesetzt, dass es zu keinen Verzögerungen bei den Planungen und Baumaßnahmen kommt. Denn welche Konsequenzen das hat, haben wir beim Neubau des Kinder- und Jugendhauses in der Pankratiusstraße gesehen. Vor etwa einem Jahr haben wir hier über Kostensteigerungen und Verzögerungen bei diesem Projekt gesprochen. Damals wurde uns zugesichert, das Haus und die Betreuungsplätze würden im November zur Verfügung stehen. Besonders die Kinder und Eltern aus der nahegelegenen Schillerschule warten sehnsüchtig auf die Betreuungsplätze. Denn übergangsweise musste die Nachmittagsbetreuung in Klassenräume ausgelagert werden. Die KiTa-Plätze stehen aber erst im Laufe diesn Jahres zur Verfügung. Für Eltern bedeutet das, dass sie entweder warten müssen oder in einer anderen Einrichtung auf einen Platz hoffen müssen.



Das ist eine der Fragen die ich an diesen Bericht, bzw. den Magistrat habe. Wie viele Eltern, die einen Betreuungsplatz gesucht haben, haben keinen gefunden? Und was wurde von Seiten der Stadt getan, um diese Familien zu unterstützen?

In der U3-Betreuung gibt es eine Versorgung von 42 Prozent, im Kindergartenbereich von 102 Prozent. Wobei die Versorgungsquoten im Stadtgebiet schwanken. Eine deutlich unterdurchschnittliche Versorgung gibt es in der Stadtmitte, in Eberstadt und in Kranichstein.



Gerade in diesen Stadtgebieten gilt es in den nächsten Jahren dringend aufzuholen. Warum? Weil wir Kindern damit die Chance geben, sich zu integrieren und an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Die Schuleingangsuntersuchung prüft die Deutsch-, bzw. die Sprachkenntnisse eines Kindes. Der Bildungsbericht zeigt, dass mehr als 80 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund, die länger als 3 Jahre eine Betreuungseinrichtung besuchten, fehlerfrei, bzw. mit nur leichten Fehlern Deutsch sprachen. Bei den Kindern, die keine Betreuungseinrichtung besuchten, liegt dieser Anteil gerade einmal bei 5 Prozent. Das heißt für uns als Politik: Je länger Kinder mit Migrationshintergrund eine Betreuungseinrichtung besuchen, desto höher ist der Anteil derer,

die flüssiges oder fehlerfreies Deutsch sprechen. Deshalb müssen wir gerade dort, wo ein hoher Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund lebt, die Kinderbetreuung ausbauen. Das sind dann nämlich genau die Stadtteile Kranichstein und Eberstadt. Schaut man sich die Planungen für die kommenden Jahre an, taucht genau ein Mal der Stadtteil Eberstadt auf. Mit 20 Plätzen im Ü3-Bereich. Die Anstrengungen im Ausbau der Betreuung in allen Ehren, aber hier muss nachgesteuert werden.

Und das Argument, dass andere Stadtteile die unterversorgten Stadtteile mitversorgen, kann ich leider nicht nachvollziehen. Auch in diesen Stadtteilen suchen Eltern einen Betreuungsplatz. Und zumindest den Eltern, mit denen ich gesprochen habe, ist es wichtig, dass der Platz wohnortnah ist. Natürlich nehmen sie auch einen der ungünstig liegt, das liegt aber daran, dass sie sonst wahrscheinlich gar keinen Betreuungsplatz für ihr Kind hätten.



Der Ausbau der Kinderbetreuung ist einerseits eine Raumfrage, andererseits natürlich eine Personalfrage. Mehr Krippen und Kindergärten bedeuten auch mehr Erzieherinnen und Erzieher. Und hier stehen wir im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Trägern. Ein möglicher Ansatzpunkt, um für ErzieherInnen attraktiv zu werden, ist die Bezahlung. Die Eingruppierung aller ErzieherInnen in die Entgeltstufe 8b, also die bessere Bezahlung der Arbeit, das war unser Vorschlag. Dieser wurde mit den Stimmen der Kooperation in den Haushaltsberatungen abgelehnt. Ich bin gespannt, wie die Regierungskooperation gedenkt, diese Herausforderung zu meistern.

Kostensteigerungen: Friedensplatz und Frankfurter Landstraße

Es muss unser gemeinsames Bemühen sein, diesen Zustand zu beenden

Von Michael Siebel



Der grün-schwarze Magistrat legt uns im Stadtparlament ein Überraschungsei nach dem anderen vor. Wortreich verpackt sind stets böse Überraschungen: Kostensteigerungen nämlich. Hintergrund: Wir sollten nun 3,8 Millionen an Mehrkosten für den Friedensplatz sowie eine zusätzliche halbe Million für die Fahrbahn der Frankfurter Landstraße absegnen. Die SPD-Fraktion jedoch versagte ihre Zustimmung.

Diese Kostensteigerungen, insbesondere in einer solchen Höhe wie beim Friedensplatz, müssen uns – und auch dem Magistrat – ein Dorn im Auge sein. Diese Mehrkosten sind Ausdruck von Planungs- und Kontrollfehlern. Hier muss zukünftig sauberer gearbeitet werden. So hatte die Stadt die Kostensteigerung von 3,8 Millionen Euro für die Umgestaltung des Friedensplatzes mit unerwarteten Komplikationen erklärt. Während der Bauarbeiten seien Mängel aus früheren Zeiten zu Tage getreten, die nun beseitigt werden müssten. Diese vorgefundenen Baumängel aus der Vergangenheit hätten bei aufmerksamer Vorplanung identifiziert werden können und müssen.

Zudem ist dieses Argument der Stadtregierung nicht neu. Bei vielen Bauprojekten wird dies wiederholt, um im Vorfeld nicht kalkulierte Kosten – für übersehene Notwendigkeiten – nachträglich zu rechtfertigen. Aber der Magistrat kann sich nicht bei jeder Vorlage damit rausreden, dass die Arbeiten so komplex sind und man deshalb erst im Vollzug merken kann, was alles gemacht werden muss. Es muss unser gemeinsames Bemühen sein, diesen Zustand zu beenden.



Foto: Tina Fischer

Bei den Mehrkosten für die Asphaltierung der Frankfurter Landstraße argumentierte der Magistrat jedoch anders. „Die höheren Kosten entstanden zur Hälfte aus Mengen- und Massenerhöhungen im Hauptauftrag der ARGE Strabag/AGT“, so die Begründung in der Vorlage. Es handelt sich also um einen Planungs- und Ausführungsfehler der beauftragten Firma – und damit offensichtlich um einen Kontrollfehler der Stadt. Die SPD-Fraktion hat bei Großprojekten wie dem Nordbad und dem Berufsschulzentrum immer wieder darauf hingewiesen, dass Projektmanagement und Kostencontrolling eingeführt werden

müssen. Mit der DSE haben wir eine Struktur geschaffen, die dieser Professionalisierung entsprechen sollte.

Auch möchte ich darauf hinweisen, dass wir Kostensteigerungen nicht per se ablehnen. Stattdessen betrachten wir jeden einzelnen Fall differenziert. So haben wir die Mehrkosten für das Nordbad, für das Berufsschulzentrum Nord und für die Ausstellungshallen auf der Mathildenhöhe mitgetragen. In anderen Fällen jedoch, wie jetzt beim Friedensplatz und der Frankfurter Landstraße – versagten wir unsere Zustimmung. Bei solch schwerwiegenden Mängeln, wie sie uns bei diesen beiden Projekten präsentiert wurden, ist es unsere Aufgabe, nicht nur darauf aufmerksam zu machen, sondern dies auch im Abstimmungsverhalten zu zeigen.

Es ist das Recht und vor allem die Pflicht der Stadtverordneten, auf das Kostenmanagement bei öffentlichen Bauvorhaben zu achten. Und deshalb kann ich uns nur gemeinsam auffordern, daran weiter zu arbeiten. Wir dürfen in der Öffentlichkeit nicht das Bild vermitteln, enorme Kostensteigerungen seien uns egal und wären quasi unausweichlich. Das Geld, das wir in Abweichung vom Haushalt für Mehrkosten aufwenden, geht uns an anderer Stelle für notwendige Infrastrukturinvestitionen verloren. Wir wollen den Auftrag der Daseinsvorsorge verantwortlich managen.

Kurz gefragt & schnell beantwortet



Foto: SPD-Fraktion LG

Tim Huß: „Wann wird dem Adventkindergarten die Betriebsgenehmigung für die Räumlichkeiten bei der SG Eiche erteilt?“

Sozialdezernentin Barbara Akdeniz: „Eine Ortsbegehung der Räumlichkeiten der Gaststätte im Gebäude der Sportgemeinschaft Eiche, Kronstädter Weg 12, fand im April statt. Deutlich wurde, dass die Räumlichkeiten für eine Kinderbetreuungseinrichtung nicht geeignet sind. Unter anderem fehlt ein barrierefreier Zugang. Die Situation der Flucht- und Rettungswege ist ungenügend. Eine funktionsfähige Heizung fehlt. Der Keller (unter anderem vorgesehen für Personalräume, Garderoben der Kinder) ist baulich ungeeignet (kaum Tageslicht möglich, keine natürliche Belüftung, zu enge Treppenabgänge, usw.).

Insgesamt müsste das Gebäude völlig entkernt, neu konzipiert und von Grund auf saniert werden.

Eine Erteilung einer Betriebserlaubnis nach heutigem Sachstand ist nicht möglich. Weiterhin sieht die aktuelle Ausbauplanung West bereits projektierte Standorte vor (z. B. städtisches Regenbogenland sowie KiTa Postsiedlung), sodass sich die aktuell gute Versorgungslage im ÜB-Bereich (107,5%) trotz des Wegfalls des Adventkindergartens noch weiter verbessern wird.“

Huß: „Gibt es für die Heimstättensiedlung bereits bestimmte Liegenschaften für den Adventkindergarten?“

Akdeniz: „Nein, das muss die Adventgemeinde selbst tun. Es ist ja auch nicht zwingend, dass die Advent-Gemeinde mit ihrer Einrichtung in der Heimstättensiedlung bleibt.“